Abend-Ausgabe

Preis 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Montag, 19. September 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht“, „Kraft und Stoff“, „Der Weltverkehr“, „Frau u. Welt“, „Lehren u. Lernen“, „Reisen u. Wandern“

Schriftleitung: Berlin SW48, Wilhelmstraße 30-32; Fernsprecher: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32; Fernsprecher: Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 2,—, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 6,—

60. Jahrg. Nr. 439 B 145

Tages-Spiegel.

Der sozialdemokratische Parteitag in Görlitz wählte einstimmig einen Ausschuß zur Prüfung des Parteiprogramms, der sofort zusammentrat.

*

De Valera richtete vorgestern ein neues Telegramm an Lloyd George. Die Antwort Lloyd Georges, die sofort erfolgte, besagt, daß Lloyd George auf seinem Standpunkt beharrt.

*

Die Alliierten haben in Paris beschlossen, von einem militärischen Vorgehen gegen Ungarn abzusehen, um die Gefahr eines neuen Krieges zu vermeiden.

Reich, Preußen und Bayern.

Der amtliche Preußische Pressedienst veröffentlich folgende Erklärung:

In einer Aeußerung des preußischen Ministerpräsidenten vom letzten Sonntag in Sachen des Streitfalles zwischen dem Reich und Bayern ist am Schlusse ausgesprochen worden, daß die Angelegenheit nicht durch die Parteibrille, sondern ruhig und sachlich betrachtet und behandelt werden müsse. Wie berechtigt dieser Hinweis war, geht aus mehreren Presseäußerungen im Anschluß an die am gleichen Tage veröffentlichte Erklärung der preußischen Regierung hervor. Preußen hat mit diesen beiden Schritten überhaupt nicht Partei ergriffen, weder gegen das Reich noch für Bayern. Aufgabe der preußischen Regierung bei der Gesamtlage am letzten Sonnabend war es vielmehr, zu verhindern, daß neben dem Streit zwischen Reich und Bayern sich nicht noch ein weiterer Streit zwischen Preußen und Bayern ohne das Zutun Preußens herausbilden werde, womit die politische Gesamtlage nur verschärft worden wäre. Das war der alleinige Zweck der Erklärung der preußischen Regierung. In der eingangs erwähnten Aeußerung des preußischen Ministerpräsidenten ist ausgesprochen worden, „daß die jetzige Zeit bei der außerordentlich ernsten außenpolitischen und finanziellen Lage des Reichs und bei der Erregung im Innern aus Anlaß der Ermordung Erzbergers nicht geeignet ist, die Frage der staatlichen Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und zur endgültigen Klärung zu bringen.“ Daraus geht deutlich hervor, daß es die preußische Regierung nicht für angebracht hält, jetzt den Streit um die Weimarer Verfassung, d. h. um die Frage, ob Zentralismus oder Föderalismus, worauf verschiedene Kreise in München und Berlin hindrängen, zum Austrag zu bringen.

Regierungsbildung in Bayern.

v. Kahr lehnt ab.

Lk. München, 19. September.

Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held, hat in den letzten Tagen der vergangenen Woche, wie bereits gemeldet, in Berchtesgaden geweilt, um mit Herrn von Kahr, der sich dort im Sommeraufenthalt befindet, über die Neubildung des Kabinetts zu verhandeln. Es ist richtig, daß Herr Held im Namen seiner Partei dem bisherigen Ministerpräsidenten angeboten hat, das gleiche Amt wieder zu übernehmen. Man weiß, daß Herr von Kahr als Voraussetzung für seinen Entschluß in dieser Richtung ein uneingeschränktes Vertrauensvotum aller bisherigen Koalitionsparteien betrachtete. Diese Voraussetzung konnte schon um deswillen nicht erfüllt werden, weil noch nicht alle Koalitionsparteien, vor allem nicht die gerade für dieses Vertrauensvotum zunächst in Frage kommende Demokratische Partei, über die Neubildung der Regierung entscheidende Beschlüsse gefaßt haben. Im übrigen wäre ja dieses Vertrauensvotum mit der Wahl des Ministerpräsidenten an sich gegeben. Andererseits hat aber auch die Partei Bedingungen zu stellen gehabt. Es verlautet, daß nach dem vorläufigen Beschluß der Fraktion und des Landesvorstandes — der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei wird, wie jener der Demokraten, erst heute zusammentreten —, die bisherige Koalition nach aller Möglichkeit aufrechterhalten bleiben solle doch daß die Koalition insofern eine Begrenzung erfahren solle, als die Mittelpartei, die sich bekanntlich aus Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei zusammensetzt, im Kabinett nicht wieder durch ihren rechten Flügel vertreten werden soll, mit anderen Worten, der Justizminister Roth soll nicht wieder in die Regierung kommen. Von anderer Seite wird bestritten daß eine solche Bedingung gestellt worden ist. Fest steht aber, daß die Bayerische Volkspartei die Bedingung stellte, daß Herr v. Kahr auf seinen bekannten Zusatzantrag zu den bayerischen Gegenvorschlägen über die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, „sobald es die Verhältnisse gestatten“, Verzicht leistet. Das ist auch nach unserer eigenen Auffassung die einzige Bedingung, die von Herrn Held, dem bisherigen Ministerpräsidenten überbracht worden ist. Her v. Kahr hat, wie wir unbedingt zuverlässig erfahren, die Uebernahme der Regierungsbildung abgelehnt. Er hat sich dabei einzig und allein von dem Entschluß leiten lassen, daß er auf diesen Zusatz bei den bayerischen Gegenvorschlägen nach seiner Meinung nicht verzichten kann. Andere Gründe sind für die ablehnende Entscheidung des Herrn v. Kahr, über die offiziell noch nichts bekannt ist, sicherlich nicht maßgebend gewesen.

Einfuhrverbot für deutsche Zeitungen.

Paris, 18. September. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission — wie von uns schon kurz mitgeteilt — beschlossen, die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben.

Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstelle. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten als im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhören, mit demselben Recht wie gegen deutsche Behörden gerichtete Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohten.

Das Kreditangebot.

Bei der Stellungnahme zu den Besprechungen über Zurverfügungstellung ausländischen Kredits für die Zwecke der Reparation ist verschiedentlich die Ansicht geäußert worden, daß der von der Industrie empfohlene Weg auf Erfassung der Goldwerte oder einer solchen ähnliche Aktion hinauslaufe. Demgegenüber betonen die „Berl. Pol. Nachr.“, daß es sich bei dem Vorschlage darum handelt, den ausländischen Kredit der deutschen Wirtschaftsstände für die Zwecke des Reichs nutzbar zu machen. Der Gedanke, dem Reich die Hilfe der Industrie zur Beschaffung der demnächst für die Erfüllung des Ultimatums notwendigen Goldzahlungen anzubieten, ist vom Reichsverband der Deutschen Industrie ausgegangen, dessen Präsidium und Vorstand am 13. d. M. nach eingehender Beratung in Würdigung der außerordentlich schwierigen außen- und innenpolitischen Lage einen dahingehenden Beschluß gefaßt haben. In den Besprechungen über die Durchführung des Kreditangebots wurde von den Vertretern der Industrie dem Reichskanzler gegenüber ausdrücklich hervorgehoben, daß mit dem Kreditangebot ein ganz neuer Weg beschritten werde, der mit dem Plan einer Erfassung der Sachwerte nichts zu tun habe, und daß Eingriffe in die Substanz und weitere Belastungen über die Kreditleistung hinaus von der Industrie nicht getragen werden könnten. Es liegt auf der Hand, daß ausländischer Kredit in der erforderlichen Höhe nur genommen und zur Verfügung gestellt werden kann, wenn die Substanz, die Grundlage der Kreditbeschaffung, unangetastet bleibt.

Ein eklatanter Vertragsbruch.

Eigene Drahtmeldung.

Frankfurt, 18. September.

Der „Frkf. Ztg.“ wird aus Rom gemeldet: „Il Paese“, das Organ Nittis, charakterisiert Frankreichs Weigerung, die wirtschaftlichen Sanktionen aufzuheben, als einen eklatanten Bruch eines internationalen Vertrages. Die Entente verliere dadurch jede moralische Autorität, die kleinen Staaten, insbesondere Ungarn, zur Vertragserfüllung anzuhalten. Die italienische Regierung müsse aufmerksam die Rheinzollgrenze beobachten, wo die Engländer sich zurückzuziehen schienen, so daß die Gefahr einer französischen Monopolkontrolle eingetreten sei.

Bern, 18. September. (W. T. B.) Zu der Beibehaltung der wirtschaftlichen Sanktionen bemerkt die „Neue Zürcher Zeitung“ redaktionell, da Deutschland die Vorbedingungen erfüllt und die verlangte Goldmilliarde bezahlt hat, sei dringend zu wünschen, daß die Alliierten ihrerseits ihre Versprechungen halten und über die Befugnisse der einzusetzenden Kontrollkommission sich einigen. Eine weitere Verzögerung der zugesicherten Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen“ würde den denkbar schlechtesten Eindruck machen.

Die Aufhebung der „Sanktionen“.

Der „Temps“ hatte am Sonnabend gemeldet, im Gegensatz zu dem, was man nach der Reuternote glauben könnte, seien sich die französische und englische Regierung völlig einig, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen abhängig zu machen von der vorbehaltlosen Annahme einer interalliierten Kontrolle durch Deutschland, die vorher über die Ausstellung der Ein- und Ausfuhrerlaubnis nach dem Rheinland ausgeübt werden müsse. Die deutsche Regierung sei jetzt darüber unterrichtet, daß die Regierungen von Paris und London über die beiden Punkte, von denen die Aufhebung der Sanktionen abhänge, völlig einig seien: vorherige Anerkennung der interalliierten Kontrolle über Erteilung von Ein- und Ausfuhrerlaubnisscheinen, Ausübung dieser Kontrolle vor Erteilung der betreffenden Erlaubnisscheine.

Wie wir hören, ist der deutschen Regierung nicht bekannt geworden, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich bezüglich der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen zustande gekommen ist. Die Verhandlungen über diese Frage werden zwischen den Beteiligten fortgeführt.

Zurückziehung der „Ruhrarmee“.

Die französische Regierung hat am 17. September der deutschen Regierung folgende Note übersandt:

Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai d. Js. in das besetzte Gebiet gesandten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende dieses Monats beendet sein.

Es handelt sich hierbei nicht etwa um die Aufhebung der militärischen Sanktionen, sondern um die im Mai d. Js. von der französischen Regierung für die Besetzung des Ruhrreviers bereitgestellte Armee, die im Falle der Ablehnung des Londoner Ultimatums in Tätigkeit treten sollte.

Weiterer Eingriff in Deutschlands Rechtspflege.

Aus dem besetzten Gebiet wird uns gemeldet: In der Erledigung von gerichtlichen Erhebungen, Zeugenvernehmungen usw. hatte die Rheinlandkommission, soweit es sich um Militärpersonen oder um Angehörige der Rheinlandkommission handelte, vor einigen Monaten schon verfügt, daß diese Personen als Zeugen in Strafsachen von den deutschen Gerichten weder im besetzten noch im unbesetzten Gebiet geladen werden dürften. Diese Bestimmung ist nunmehr auf alle Zivilangelegenheiten ausgedehnt worden.

Für beide Fälle müssen die deutschen Behörden bei Zeugenvernehmungen von Militärpersonen sich an den Kommandeur des betreffenden Korps, bei Zivilpersonen an den Oberkommissar bei der Rheinlandkommission desjenigen Landes wenden, dem der Zeuge angehört. In beiden Fällen müssen die deutsche Gerichte eine genaue Darlegung des Sachverhaltes bei der betreffenden Rechtssache geben.

Dieses Vorgehen bedeutet einen abermaligen Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit, die nach dem Rheinlandabkommen vor derlei Zugriffen geschützt sein sollte.

Die griechische Niederlage.

Die Türken auf der Verfolgung.

Reuter-Meldung.

London, 18. September.

Reuter meldet aus Smyrna: Wegen Verbindungsschwierigkeiten sind die Griechen genötigt, sich auf das westliche Ufer des Sakaria zurückzuziehen. Weitere Kampfhandlungen bei Angora sind unwahrscheinlich.

Ergänzende Nachrichten, die gestern in türkischen Kreisen ankamen, berichten, daß die kemalistischen Streitkräfte die Verfolgung des Feindes aufgenommen haben. Der Gegner wurde gezwungen, sich auf das rechte Ufer des Sakaria zurückzuziehen und eine große Menge Kriegsmaterial und Munition im Stiche zu lassen. An einigen Stellen gingen die Türken schwimmend über den Fluß und begannen den Bau von Brücken.

Aller Wahrscheinlichkeit nach rückten die Abteilungen des linken griechischen Flügels bis zu den Vorbefestigungen des Arditschberges vor. Es gelang ihnen, der drohenden Umfassung zu entgehen. Sie konnten nach der Südschleife des Sakaria zurückgeführt werden und entgingen dadurch der Gefahr, in die Salzwüste geworfen zu werden.

Griechischer Heeresbericht.

Athen, 18. September. (W. T. B.) Bericht des Generalstabs über die Lage am 15. September: An der Front herrscht Ruhe. Eine feindliche Abteilung versuchte in unsere Verbindungslinien bei Sivri Hissar einzudringen, wurde verfolgt und zog sich nach Süden zurück.

Bericht über die militärische Lage am 16. September: Auf der Sakariafront versuchte der Feind nach vorhergegangener Beschießung den Fluß an verschiedenen Punkten zu überschreiten. Unsere Truppen warfen den Feind, dem der Uebergang gelungen war, durch glänzende Angriffe zurück und verjagten ihn auf die andere Seite des Flusses. Die feindlichen Verluste sind ernst.

Bevorstehende türkisch-französische Militärkonvention.

London, 19. September. (W. T. B.) Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, der französische Vertreter Franklin Bouillon ist mit dem Wortlaut des französisch-kemalistischen Vertrages nach Angora abgereist. Man erwartet, daß die nationalistische Regierung den Vertrag bald vollziehen wird.

Mit Franklin Bouillon sind drei französische Offiziere nach Angora gegangen, die, wie in gewissen türkischen Kreisen gerüchtweise verlautet, die Einzelheiten einer militärischen Konvention zwischen Frankreich und Angora erörtern sollen, deren Bestimmungen aber nicht veröffentlicht werden dürfen. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt der „Times“ zufolge noch nicht vor.

Spanische Offensive in Marokko.

Madrid, 18. September. (Havas.) Amtlich wird gemeldet, daß die Spanier in Marokko ihre Offensive wieder aufgenommen haben. Nach intensiver Artillerievorbereitung begann der Vormarsch auf Nador. Die Mauren leisteten erbitterten Widerstand und gingen nur Schritt für Schritt zurück. Er gelang schließlich, Nador zu besetzen. Die Mauren haben sehr ernste Verluste. Die spanischen Verluste werden als leicht bezeichnet. Den Spaniern sind große Mengen Waffen und Kriegsmaterial in die Hand gefallen. Die Mauren haben sich in die Berge zurückgezogen und zahlreiche spanische Gefangene zurückgelassen.

Die Genfer Verhandlungen.

Die russischen Emigranten.

Genf, 18. September. (W. T. B.) Die Konferenz zugunsten der russischen Emigranten hielt unter dem Vorsitz Nansens eine Sitzung ab, an der Delegierte Frankreichs, der Schweiz, Finnlands, Griechenlands, Chinas, Bulgariens und Südslawiens teilnahmen. Der deutsche Generalkonsul in Genf wohnte inoffiziell den Verhandlungen bei. Es wurde beschlossen, von den verschiedenen Regierungen, in deren Ländern sich russische Emigranten aufhalten, statistische Angaben vor allem über die Berufe der Flüchtlinge einzufordern und um die Ernennung von besonderen Delegierten für die Emigrantenfrage zu ersuchen.

Der bolivianisch-chilenische Streitfall.

Der Delegierte von Columbien, Urrutia, lehnte seine Wahl zum Mitglied der vom Präsidenten der Völkerbundversammlung eingesetzten Dreierkommission ab. Die Kommission sollte die Zuständigkeit der Versammlung für die Anwendung des Artikels 19 mit Bezug auf den bolivianisch-chilenischen Streitfall prüfen. Urrutia begründete seine Ablehnung damit, daß er früher eine hohe diplomatische Mission bei der bolivianischen Regierung gehabt und den Charakter eines außerordentlichen Gesandten bei der bolivianischen Regierung beibehalten habe.

Mitteilungen des Völkerbundssekretariats.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht verschiedene Mitteilungen über die Berichte einzelner Unterkommissionen. Aus den wenig aufschlußreichen Meldungen geht hervor, daß die 5. Unterkommission der 1. Kommission über die Auslegung des Artikels 18 des Paktes (Eintragung der Verträge) in einer der nächsten Sitzungen beraten, während in der 6. Unterkommission der kanadische Delegierte Doherty demnächst eine Darstellung des kanadischen Abänderungsantrages zu Artikel 10 (Garantie der Integrität und politischen Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten) geben wird. Die Kommission B der 6. Kommission beriet über den Antrag Fisher-England, betreffend die Mandatsfrage.

Esperanto als Unterrichtsfach.

Der Völkerbund beschloß nach dem Vorschlag von 13 Staaten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage des Esperantounterrichts in den Schulen zu setzen; das Generalsekretariat soll einen ausführlichen Bericht vorbereiten.

Ein syrisches Dementi.

Damaskus, 16. September. (Havas.) In amtlichen Kreisen Syriens erklärte man, daß die Delegation, die sich in Genf als syrische Delegation bezeichnet und als solche angehört wurde, keine Vollmacht besitze, die diese Behauptung rechtfertige. Die Zeitungen machen darauf aufmerksam, daß Michel Lustala ein Agent des Emir Hussein und des Königs Feissal sei, und daß er keinen Auftrag erhalten habe, im Namen der syrischen Nation zu sprechen.

Die deutsche Vertretung in Washington.

Ein Berliner Blatt meldete gestern, die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten seien so weit gediehen, daß das Kanzleipersonal unter Führung des Geschäftsträgers im Laufe des Oktober nach Washington entsandt werden könnte. Bis zur Ernennung des Botschafters, die erst nach der Ratifikation des Friedensvertrages erfolgen solle, werde Legationsrat Horstmann die Geschäfte in Washington führen.

Wie wir hören, ist diese Nachricht unzutreffend. Ueber die Persönlichkeiten, die nach Washington gehen sollen, ist bis jetzt keinerlei Entscheidung getroffen.

Die Lage im Burgenland.

Keine Ententeaktion.

ri. Paris, 19. September.

Zwischen den Alliierten haben in Paris Verhandlungen stattgefunden über die westungarische Frage. Es wurde beschlossen, von einem militärischen Vorgehen gegen Ungarn abzusehen, um die Gefahr eines neuen Krieges zu vermeiden. Es wurde eine Uebereinstimmung erzielt, daß Ungarn, falls es weitere Verhandlungen wünsche, zu diesem Zweck Vertreter nach Paris entsenden solle.

Verschärfte Bandenkämpfe.

Wien, 18. September. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Im Grenzabschnitte Kirchschlag verstärkten sich die ungarischen Banden. Bei der Abwehr des Angriffes ungarischer Banden mit Maschinengewehren auf Gillersdorf südlich Fürstenfeld wurde unsere Gendarmerieabteilung durch Bundestruppen unterstützt. Nach längerem Feuergefecht wurde der Angriff abgewiesen. Die ungarischen Banden zogen sich unter Mitnahme ihrer Verwundeten zurück. Auf unserer Seite wurde niemand verwundet. Vor kurzem wurde ein militärischer Posten nächst Hohenbrugg von Freischärlern mit Maschinengewehren ohne Erfolg beschossen.

Mobilisierung in Ungarn.

Prag, 18. September. (W. T. B.) Der Wiener Korrespondent des Blattes „Prager Presse“ erfährt aus diplomatischen Kreisen der Entente, daß seit einigen Tagen in Ungarn in aller Stille eine regelrechte Mobilisierung durchgeführt werde. Die Reserveoffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1895 bis 1900 erhielten von Major Osztenburg unterzeichnete Einberufungsordern. Die Einberufung laute nach Odenburg zum Gendarmerieregiment. Gleichzeitig werde die demobilisierte Artillerie nach Kecskemet einberufen.

Vertagung des ungarischen Parlaments.

Kbg. Budapest, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das ungarische Parlament wird voraussichtlich am 23. September zu einer formalen Sitzung zusammentreten und dann durch ein Handschreiben des Reichsverwesers vertagt werden.

Die Kabinettskrise ist im Stadium der Stagnation. Es verlautet, daß sowohl der Finanzminister, als auch der Außenminister bis zum Ende der Parlamentssession im Amte verbleiben werden.

Ein Kabinett Ponikowski.

Warschau, 18. September. (Havas.) Von den Parteien wurde mit 236 gegen 145 Stimmen der Rektor der Polytechnischen Schule Ponikowski zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Marschall Pilsudski hat darauf Ponikowski mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Nach einer Havasmeldung ist in Rom zwischen Italien und Polen ein für sechs Monate gültiges vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen worden.

Kerenski in Prag.

X. Prag, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Narodni Listi“ berichtet, weilt Kerenski mit mehreren Mitgliedern seiner Regierung seit einigen Tagen in Prag. Er habe hier mit den Vertretern der russischen Staatsrevolutionäre verhandelt. Die Verhandlungen sollen sich nicht auf die Hilfsaktion für Rußland, sondern auch auf Vorbereitungen für das politische Vorgehen der Sozialrevolutionäre im Falle eines Wechsels im heutigen russischen Regime bezogen haben.

Die Deutschenabwanderung aus Bromberg.

Paris, 18. September. (W. T. B.) Aus Warschau wird amtlich bekannt gegeben, daß für die Zeit vom 31. Januar 1920 bis 31. August 1921 in Bromberg die Ankunft von 37 000 Polen und 9000 Deutschen verzeichnet worden ist. In der gleichen Zeit hätten, wie „Havas“ mitteilt, 11 000 Polen und 30 000 Deutsche die Stadt verlassen, so daß die Bevölkerung der Stadt um 26 000 Polen zugenommen und 21 000 Deutsche abgenommen habe.

Annäherung Lloyd Georges und De Valeras.

Reutermeldung.

London, 18. September.

De Valera antwortete gestern abend Lloyd George in einem Telegramm, in welchem er sagte:

Uns liegt nur das eine Ziel am Herzen, die Konferenz auf eine so wahrhaftige und der Wirklichkeit entsprechende Basis zu stellen, daß es dadurch möglich würde, ein Ergebnis zu erreichen, welches die Bevölkerung der beiden Inseln so heiß ersehnt.

Wir haben von Ihnen nicht gefordert, irgendeinen Grundsatz auch nur informell preiszugeben, aber Sie müssen natürlich einsehen, daß wir uns nur als das einschätzen können, was wir sind. Wenn diese Selbsteinschätzung den Grund für ein Scheitern der Konferenz hergeben soll, so bedauern wir das, aber es erscheint inkonsequent.

Ich habe bereits mit Ihnen unterhandelt, und bei diesen Konferenzen und in meinen schriftlichen Auslassungen habe ich niemals aufgehört, mich selbst als das hinzustellen, was ich war und bin. Wenn das die Anerkennung von Ihrer Seite einschließt, dann haben Sie uns bereits anerkannt. Wäre es unser Wunsch gewesen, die feste Grundlage der Rechte Irlands mit dem äußeren Anstrich der international üblichen technischen Formalitäten zu versehen, die Sie jetzt heranziehen, so hätten wir bereits den Vorteil aller Konsequenzen für uns in Anspruch nehmen können, welche, wie Sie befürchten, jetzt aus dem Empfang unserer Delegierten folgen würden.

Lloyd George an De Valera.

London, 18. September. (W. T. B.) Lloyd George hat heute nachmittag an De Valera ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

Ihr Telegramm von gestern abend verändert nicht den Anspruch, daß Ihre Delegierten mit uns als Vertreter eines souveränen, unabhängigen Staates zusammentreffen sollten. Sie haben keine solche Bedingung im voraus gestellt, als Sie mich im Juli besucht haben. Ich lud Sie damals ein, mit mir, wie es in meinem Briefe wörtlich hieß, als „der erwählte Führer der großen Mehrheit von Südirland“ zusammenzukommen. Sie nahmen diese Einladung an. Gleich bei Beginn unserer Besprechungen sagte ich Ihnen, wir erwarteten, daß Irland seine Untertanenpflicht gegen den Thron anerkenne und in Zukunft als ein Mitglied des britischen Gemeinwesens handele.

Dies war die Grundlage unseres Vorschlages, und wir können diese nicht verändern. Die Stellung, die Sie jetzt im voraus für Ihre Delegierten beanspruchen, ist in der Tat eine Zurückweisung dieser Grundlage, ich bin bereit, mit Ihren Delegierten zusammenzutreffen, wie ich mit Ihnen im Juli zusammenkam, nämlich in der Eigenschaft von erwählten Sprechern für Ihr Volk, um über eine Verbindung Irlands mit dem britischen Gemeinwesen zu beraten. Meine Kollegen und ich können nicht mit diesen zusammenkommen als Vertretern eines souveränen unabhängigen Staates, ohne dadurch eine Treulosigkeit unsererseits gegen den Thron und das Reich zu begehen. Ich muß deshalb wiederholen, daß, sofern nicht der zweite Absatz Ihres Briefes vom 12. September zurückgezogen wird, eine Konferenz zwischen uns unmöglich ist.

Lloyd Georges Amerikareise.

Washington, den 18. September. (T. U.) Amtlich wird gemeldet, daß Lloyd George im November hier eintreffen wird. Er wird sich am 26. Oktober an Bord des „Olympic“ einschiffen.

London, 19. September. (W. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Melbourne, es würden keinerlei Versuche gemacht werden, die Frage der gesonderten Vertretung Australiens bei der Washingtoner Konferenz neu zu erörtern. Wenn ein australischer Delegierter nach Washington gehe, werde er wahrscheinlich als nichtoffizieller Beobachter und als Berater der britischen Mission fungieren.

Richtlinien der japanischen Politik.

Tokio, 17. September. (W. T. B.)

Der Premierminister Hara erklärte in einer Rede über die japanische Friedenspolitik, die auswärtige Politik Japans sei völlig frei von Nebenabsichten und diplomatischen Manövern. Sie beruhe auf einer freundschaftlichen Zusammenarbeit der Mächte und auf der Erhaltung des Weltfriedens. In Anerkennung des überwiegenden Einflusses der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in der Welt glaubten die Politiker Japans, daß eine Annäherung der drei Mächte eine Beseitigung mancher Ursachen der Unruhe bewirken würde. Da der Nationalwohlstand des Landes eng verbunden sei mit beständigen politischen Verhältnissen und der Sicherheit für Leben, Eigentum und Verkehr in China und Sibirien, sei Japan bemüht, alle schwebenden Fragen zu regeln und die Hilfsquellen der beiden Länder zu entwickeln. Deshalb glaube Japan, daß der Weltfrieden wesentlich abhänge von der Offenhaltung der Welt. Es sei nicht notwendig, daß dies bedingungslos geschehe, aber doch so, daß eine freie, unbeschränkte Beförderung der Lebensmittel durch Aufhebung künstlicher Hindernisse gesichert werde. Auf diese Weise würde die Sicherheit des Lebens aller verbürgt werden.

P. London, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ berichtet seinem Blatte, daß die Besprechungen zwischen dem Staatssekretär Hughes und dem japanischen Botschafter in Washington über die Yapfrage zu einer beide Teile befriedigenden Lösung führen werde. Das Ergebnis dieser Besprechungen bedürfe nur noch der Genehmigung der japanischen Regierung.

Das Reparationsproblem.

Der deutschen Wirtschaft wird eine doppelte Aufgabe zugemutet: Einmal die Bereitstellung von Mitteln für die innere Finanzverwaltung und außerdem die Bestreitung einer gewaltigen Kriegsentschädigung. Die Kräfte der deutschen Friedenswirtschaft hätten für eine derartige Doppellast unter keinen Umständen ausgereicht. Wieviel weniger ist eine durch den Friedensvertrag amputierte Wirtschaft dazu in der Lage! Wir haben kürzlich an dieser Stelle ausgeführt, daß die innere Finanzwirtschaft Deutschlands der Gesundung nur auf dem Wege zugeführt werden kann, daß die Staats- und Kommunalbetriebe auf irgendeine Weise produktiv und rentabel gestaltet werden. Die Siegerstaaten bzw. die durch eine lange Entwicklung gefestigten Demokratien im Westen haben sich längst für die Privatwirtschaft entschieden. Unter den jetzigen Verhältnissen sind diese Betriebe lediglich Parasiten am Körper der deutschen Wirtschaft. Sie verschlingen Jahr für Jahr Unsummen und belasten den Steuerzahler in unerträglicher Weise. Uebereignet man sie jedoch der Privatindustrie, so kann man sicher sein, in absehbarer Zeit aus ihnen Organisationsformen entstehen zu sehen, die eine kräftige Entlastung der Steuerzahler herbeiführen werden. Eine Lösung des inneren Finanzproblems ließe sich alsdann mit verhältnismäßig geringen Schwierigkeiten erzielen.

Zeigt sich also ein gangbarer Weg, den inneren Etat ins Gleichgewicht zu bringen, so ist es auf der anderen Seite bisher nicht gelungen, einen Schlüssel für das Problem der Reparation ausfindig zu machen. Die geforderten Lasten — es handelt sich um rund 4 Milliarden Goldmark jährlich — sind einfach zu schwer, als daß sie von einer geschwächten Wirtschaft wie der deutschen getragen werden könnten. Daran ändert auch die Unterzeichnung des Ultimatums nichts. Es bedeutet auch eine völlige Verkennung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, wenn behauptet worden ist, Deutschland könne zahlen, wenn es nur den ernstlichen Willen dazu aufbrächte.

Wohin der Erfüllungswille führt, hat mit aller Deutlichkeit die Zahlung der ersten Goldmilliarde gezeigt. Was war die Folge dieser Kraftleistung? Eine gewaltsame Verschiebung der Grundlagen unserer gesamten Wirtschaft. Die mit der Milliardenzahlung im engsten Zusammenhang stehende Geldentwertung hat eine fast beispiellose Preisrevolution hervorgerufen, die die bedenklichsten innerpolitischen Krisenerscheinungen gezeitigt hat. Die Rückwirkung auf die öffentlichen Finanzen ist womöglich noch bedenklicher. Die gesteigerte Inflation wird eine kolossale Vermehrung der Personal- und Sachausgaben der Reichsverwaltung, sowie der Landes- und Kommunalverwaltungen zur Folge haben, so daß jede Hoffnung auf eine finanzielle Konsolidierung im Innern etwa durch Mehrerträgnisse aus den neuen Steuern von vornherein illusorisch gemacht wird. Jede weitere Reparationszahlung muß diese Zustände nur verschlimmern, wodurch sich der Weg zum vollkommenen Zusammenbruch immer mehr verkürzt.

Die Reparationszahlungen bewirken somit eine immer größere Zerrüttung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands, die in der unaufhaltsamen Abwärtsbewegung der deutschen Valuta ihren greifbarsten Ausdruck findet. Das Sinken der Kaufkraft der Mark ist es aber, wodurch Deutschland auch der Wirtschaft der übrigen Völker gefährlich wird. Ein Land mit sinkender Valuta bedeutet für seine Nachbarn eine ungeheuerliche wirtschaftliche Gefahr. Es unterbietet alle Preise und ist daher jeder Konkurrenz gewachsen. Die Gefahr wird riesengroß, wenn es sich dabei um ein Land wie Deutschland von großen industriellen Produktionsfähigkeiten handelt. Welche Gefahren dabei der internationalen Arbeiterschaft als solcher erwachsen, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Der große Unterschied in der Bewertung der Valuten der einzelnen Länder, wie er z. B. jetzt zwischen Dollar und Mark zum Ausdruck kommt, ist der größte Feind einer gesicherten Weltwirtschaft. Dadurch, daß die Reparation als solche die Valutaunterschiede dauernd vergrößert, verschlechtert sie gleichzeitig die Aussichten auf die Wiederherstellung normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen. Wenn Deutschland zu unverständigen Reparationsleistungen gezwungen wird, dann muß es notwendig die Industrien sämtlicher übrigen Länder in eine verzweifelte Situation bringen, weil man in Deutschland eben durch die Folgen der Unterbewertung seines Geldes stets billiger als anderswo wird kaufen können. Aus demselben Grunde wird Deutschland notwendigerweise mehr und mehr dazu übergehen müssen, den größten Teil seines Güterbedarfs bei sich herzustellen und dadurch als Käufer auf dem Weltmarkte immer mehr an Bedeutung verlieren.

Die Folgen dieser ungesunden geldwirtschaftlichen Zustände zeigen sich bereits in voller Deutlichkeit bei den Ländern mit hochwertiger Valuta. Im Fiskaljahr 1920/21 ging der Außenhandel der Vereinigten Staaten um 3179 Millionen Dollar zurück. Die Ausfuhr nach Europa, dessen Staaten sich bekanntlich in der Mehrzahl in einer valutarisch sehr schwachen Position befinden, litt ganz besonders. Der Rückschlag beträgt nahezu 1½ Milliarden Dollar. Demgegenüber ist bemerkenswert, daß die Ausfuhr nach den außereuropäischen Ländern, deren Wirtschaft durch den Weltkrieg also nicht gelitten hat, nahezu stabil blieb. Hieran zeigt sich deutlich, daß das durch den Krieg geschwächte Europa, in dessen Wirtschaft Deutschland eine hervorragende Rolle spielt, mit seiner Aufnahmefähigkeit zu Ende ist. In einer ähnlichen Situation befindet sich das bisher wirtschaftlich so starke England. Ein Vergleich der Außenhandelszahlen lehrt das. Nach einer englischen Statistik betrug der Gesamtaußenhandel Großbritanniens vom Januar bis August 1920 rund 2,3 Milliarden Pfund Sterling gegenüber nur 1,27 Milliarden in der gleichen Zeit 1921. Es ist das ein sehr ernstes Faktum für England. Ueber die Gründe dieser Erscheinung ist man sich in England vollkommen klar. Das bekannte Londoner Bankhaus Samuel Montagu